

Waffen-SS mit dem neuen Selbstlob des deutschen Bürgertums, es habe ja nichts mit dem unfeinen Nazipöbel zu schaffen gehabt.

Das sind Texte, deren Lektüre auch dann lohnt, wenn man ihren Thesen nicht zustimmt, und wegen denen der Kauf der „Blätter“ auch dann sinnvoll ist, wenn man von anderen Beiträgen – zum Beispiel „Was heute links ist“ von Erhard Eppler oder „Die Vernunft des Papstes“ – eher abgeschreckt ist. Dass sich theologische Erörterungen über den Papst und Bekenntnisaufsätze pfäffischer Sozialdemokraten in einem als links geltenden Organ finden, verweist auf die Geschichte der „Blätter“.

Gegründet wurden sie 1956 von zwei Konservativen und einem Kommunisten, und die Verhinderung der Atombewaffnung und die Befürwortung der Wiedervereinigung waren anfangs die zentralen Themen der Blätter. Mit dem aus dieser Zeit stammenden Lob des Theologen Karl Barth, der meinte, die Blätter seien „eine Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn“, wirbt der Verlag bis heute. Die Zeitschrift ging bald im Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag auf, gerne auch als „Pahl-Rubelstein“ verspottet. Anfang der 80er Jahre notierte das evangelische „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“, in den „Blättern“ werde „die Logistik der Friedensbewegung bereitgestellt“. 1989 ging der Pahl-Rugenstein-Verlag bankrott, kurz zuvor war sein Finanzier, die DDR, pleite gegangen. Die Redakteure sicherten sich die Abokartei und machten sich selbstständig.

Dem alten Herausgeberkreis, dem Kämpfen wie der Marburger Faschismusforscher Reinhard Kühnl oder der Bremer DKP-Ökonom Jörg Huffs Schmid angehörten, wurden nun neue, andere, offenere Wissenschaftler zugesellt: Jürgen Habermas, Dan Diner, Micha Brumlik, Jens Reich etc. Am Profil wurde auch durch das Ausrufen des Demokratiepreises der „Blätter“ gearbeitet, der alle drei Jahre vergeben wird. Im Jahr 1997 erhielt ihn beispielsweise der US-amerikanische Historiker Daniel J. Goldhagen.

Ein Bruch findet sich in den 50 Jahren Geschichte der „Blätter“ dennoch nicht. Sie waren immer auch das Organ älterer und (mitunter) liberal gewordener Linker, bei denen nicht selten eine unangenehme Selbstgefälligkeit zu beobachten ist: Wir sind die Gebildeten, die immer auf der richtigen Seite stehen, die Baskenmützenträger, die Rotwein trinken und mit bedeutungsvoller Miene Böll oder Tucholsky zitieren.

Das klingt abfällig, soll aber den Wert der monatlichen Publikation nicht schmälern. Es gibt keine Ausgabe der „Blätter“, in der nicht mindestens ein, manchmal drei oder vier lesenswerte Beiträge stünden. Darauf kann man ja auch mal ein Glas Rotwein trinken.

„Der Klimawandel ist eine alles umfassende Bedrohung“

Rede von UN-Generalsekretär Kofi Annan auf der Klimakonferenz in Nairobi am 15. November 2006 (Wortlaut)

Vom 6. bis 17. November 2006 tagte in Nairobi die jährlich stattfindende Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention. Höhepunkt dieser ansonsten weitgehend erfolg- und ereignislosen „UN-Klimakonferenz“ war der Auftritt des scheidenden UN-Generalsekretärs Kofi Annan, der in seiner viel beachteten Rede deutliche Worte fand. Unter Berufung auf die Klimastudie von Nicholas Stern (vgl. die Dokumentation in: „Blätter“ 12/2006, S. 1513-1516) betonte Annan, dass der Klimawandel „eine alles umfassende Bedrohung“ ist und „wir einem Punkt gefährlich nahe gekommen sind, von dem aus es kein Zurück mehr gibt.“ (vgl. auch den Beitrag von Albrecht von Lucke in diesem Heft.)

Mit Blick auf die Dramatik der globalen Erwärmung beklagte Annan zudem den „erschreckenden Mangel an Führungswillen“ in der Politik: „Die Botschaft ist klar: Dem weltweiten Klimawandel muss die gleiche Bedeutung beigemessen werden wie den anderen Bedrohungen – Konflikt, Armut, die Verbreitung tödlicher Waffen –, die im politischen Bewusstsein traditionell den ersten Platz für sich beanspruchen.“ Wir dokumentieren im Folgenden die Rede im Wortlaut. – D. Red.

Ich danke der Regierung und dem Volk von Kenia für die Ausrichtung dieser internationalen Konferenz. Sie haben tausende Menschen freundlich in Ihrer Mitte aufgenommen und für die ausgesprochen wichtige Arbeit auf unserer Tagesordnung die besten Voraussetzungen geschaffen. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie auch auf diesem Wege wieder Ihre nachdrückliche Unterstützung für die Vereinten Nationen bekundet haben.

Alle in diesem Saal Anwesenden widmen ihre Arbeitskraft der Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen. Wir alle wollen den Tag erleben, an dem alle Menschen, nicht nur wenige Privilegierte, in Würde leben und mit Hoffnung in die Zukunft blicken können. Wir alle möchten eine Welt schaffen, in der die Menschen in Harmonie miteinander und mit der natürlichen Umwelt, die ihre Lebensgrundlage bildet, leben.

Diese Vision, deren Verwirklichung ohnehin immer einiges entgegenstand, wird nun durch den Klimawandel noch mehr bedroht. Selbst die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte laufen Gefahr, wieder zurückgenommen zu werden.

Der Klimawandel ist nicht nur ein Umweltthema, wie allzu viele Menschen noch immer glauben. Er ist eine alles umfassende Bedrohung. Er ist eine Bedrohung für die Gesundheit, da sich in einer wärmeren Welt Infektionskrankheiten wie Malaria und Gelbfieber weiter und rascher ausbreiten würden. Er könnte die Versorgung der Welt mit Nahrungsmitteln gefährden, da ansteigende Temperaturen und andauernde Dürren fruchtbare Gebiete für den Anbau oder als Weideland ungeeignet werden lassen. Er könnte sogar den Grund und Boden gefährden, auf dem nahezu die Hälfte der Weltbevölkerung lebt – Küstenstädte wie Lagos oder Kapstadt, die infolge schmelzender Eiskappen und Gletscher im Meer zu versinken drohen.

All dieses und noch mehr liegt vor uns. Wetterbedingte Katastrophen, die Milliarden Schäden anrichten. Die Zerstörung lebenswichtiger Ökosysteme wie Wälder und Korallenriffe. Verschwindende oder durch das Eindringen von Salzwasser ungenießbar werdende Wasservorräte.

Der Klimawandel ist auch eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit. Veränderungen in den Niederschlagsmustern beispielsweise können den Ressourcenwettbewerb verschärfen und Spannungen und Wanderungsbewegungen mit unter Umständen destabilisierenden Folgen auslösen, vor allem in fragilen Staaten oder unbeständigen Regionen. Es gibt Anzeichen dafür, dass einiges davon jetzt bereits geschieht und uns künftig womöglich in verstärktem Maße bevorsteht.

Dabei handelt es sich nicht um Science Fiction. Vielmehr sind dies plausible Szenarios, denen klare und stringente wissenschaftliche Modelle zugrunde liegen. Einige wenige hartnäckige Skeptiker bestreiten auch weiterhin die Realität der „globalen Erwärmung“ und versuchen, Zweifel zu säen. Sie sollten so gesehen werden, wie sie sind: ewig gestrig, ohne Argumente und überholt. Vielmehr gibt der immer weiter reichende Konsens in der Wissenschaft auch Anlass zu immer größerer Beunruhigung. Heute weisen selbst viele Wissenschaftler, die lange Zeit für ihre vorsichtige Einschätzung der Lage bekannt waren, darauf hin, dass die globale Erwärmung bereits erschreckende Ausmaße angenommen hat und dass wir einem Punkt gefährlich nahe gekommen sind, von dem aus es kein Zurück mehr gibt.

Ein ähnliches Umdenken ist auch bei Wirtschaftsexperten zu beobachten. Zu Anfang dieses Monats [November 2006] wurde der Klimawandel in einer Studie des ehemaligen Chefökonom der Weltbank, des Briten Sir Nicholas Stern, als „der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je gesehen hat“ bezeichnet. Sir Stern warnte, dass der Klimawandel zu einem Schrumpfen der Weltwirtschaft um 20 Prozent führen und wirtschaftliche und soziale Zerrüttungen verursachen könne, die mit den Auswirkungen der beiden Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre durchaus vergleichbar seien.

Die gute Nachricht ist, dass wir einiges dagegen unternehmen können. Wir verfeuern fossile Brennstoffe heute bereits viel sauberer und effizienter. Regenerative Energieträger stehen zunehmend zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung. Bei größerem Forschungs- und Entwicklungsaufwand – die gegenwärtig eingesetzten Mittel sind nachgerade bedrohlich gering – könnten wir schon viel weiter fortgeschritten sein.

Über den Mechanismus des Kyoto-Protokolls könnten die an die Entwicklungsländer gezahlten Gelder aus dem CO₂-Emissionshandel 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr erreichen. Die Märkte für kohlenstoffarme Energieerzeugnisse werden aller Voraussicht nach dramatisch

wachsen. Doch brauchen wir noch mehr „grüne“ Konzepte, um der rasch steigenden Energienachfrage begegnen zu können. Und wir müssen die richtigen Anreize schaffen, um das bisherige, auf Verboten und Beschränkungen basierende Vorgehen zu ergänzen.

Die Herausforderung des Klimawandels bringt reale Chancen mit sich, die Entwicklung voranzutreiben und unsere Gesellschaften auf einen Kurs größerer Nachhaltigkeit zu lenken. Niedrige Emissionen bedeuten keineswegs, dass auch das Wachstum niedrig sein oder ein Land sich auf niedrigere Entwicklungsziele beschränken muss. Schluss also mit den Leugnungen. Niemand soll behaupten, dass wir es uns nicht leisten können zu handeln. Es wird zunehmend deutlich, dass es weit weniger kostspielig ist, die Emissionen jetzt zu senken, als sich später mit den Konsequenzen auseinanderzusetzen. Niemand soll mehr davon reden, dass wir warten sollen, bis wir mehr wissen. Wir wissen schon jetzt, dass eine auf hohen Emissionen aufbauende Wirtschaft ein unkontrolliertes Experiment mit dem Weltklima darstellt.

Im Zuge unserer Bemühungen um die Senkung der Emissionen müssen wir gleichzeitig viel mehr tun, um uns auf die Erderwärmung und ihre Auswirkungen einzustellen. Die Folgen des Klimawandels werden unverhältnismäßig stark in den ärmsten Ländern der Welt zu verspüren sein, von denen sich viele hier in Afrika befinden. Bereits jetzt sind die Armen dieser Welt Umweltverschmutzung, Katastrophen sowie Ressourcen- und Bodenzerstörung am stärksten ausgesetzt. In Bezug auf ihr Auskommen und ihren Lebensunterhalt sind sie unmittelbar von Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft abhängig. Denken wir beispielsweise nur an die Frauen und Mädchen, die in Ermangelung elementarer Energiedienstleistungen gezwungen sind, nach Brennstoff und Wasser zu suchen. Oder an die unzähligen afrikanischen Gemeinschaften, die in den letzten Jahren von klimabedingten Katastrophen heimgesucht wurden. Die Überschwemmungen in Mosambik, die Dürren in der Sahelzone und hier in Kenia sind uns noch frisch in Erinnerung. Für diese Gemeinschaften ist Anpassung einfach eine Überlebensfrage. Wir müssen der Integration der mit dem Klimawandel verbundenen Gefahren in unsere Strategien und Programme zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele höhere Priorität einräumen.

Die Botschaft ist klar: Dem weltweiten Klimawandel muss die gleiche Bedeutung beigegeben werden wie den anderen Bedrohungen – Konflikt, Armut, die Verbreitung tödlicher Waffen –, die im politischen Bewusstsein traditionell den ersten Platz für sich beanspruchen. Die Vereinten Nationen verfügen über die Instrumente, die die Welt für Gegenmaßnahmen benötigt.

Regionale und nationale Initiativen haben ihren Wert. Doch das Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen ist dasjenige Forum, in dem wirklich globale Maßnahmen konzipiert werden. Das Kyoto-Protokoll ist inzwischen voll operativ, und sein Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung wirft für die nachhaltige Entwicklung Mittel im Wert von mehreren Milliarden US-Dollar ab.

Dieser Mechanismus ist ein herausragendes Beispiel für eine von den Vereinten Nationen geführte Partnerschaft, die Regierungsmaßnahmen und den Privatsektor in Entwicklungsländern miteinander verbindet. Zu meiner Genugtuung kann ich ankündigen, dass sechs Einrichtungen der UNO auf dieser Konferenz den „Rahmenplan von Nairobi“ initiiert haben, der die Entwicklungsländer, insbesondere in Afrika, bei der Beteiligung an dem Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung unterstützen soll. Ich fordere die Geberländer auf, zum Erfolg dieser Bemühungen beizutragen. Außerdem freue ich mich mitteilen zu können, dass das Entwicklungsprogramm und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen mit einer heute eingeleiteten Initiative Entwicklungsländern, so erneut auch in Afrika, dabei helfen wollen, den Klimawandel in ihren nationalen Entwicklungsplänen – mittels Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen der Klimaänderungen, etwa im Infrastrukturbereich – zu berücksichtigen.

Die Einrichtungen der Vereinten Nationen werden auch weiterhin ihr Fachwissen beisteuern. Die Hauptverantwortung für das Handeln liegt jedoch bei den einzelnen Staaten, und für den Augenblick sind damit diejenigen gemeint, auf deren Konto der Großteil der bisherigen CO₂-Akkumulation in der Atmosphäre geht. Sie müssen mehr tun, um ihre Emissionen zu reduzieren. Das Kyoto-Protokoll ist ein zwar wichtiger, aber viel zu kleiner Schritt

nach vorn. Im Hinblick auf die Frage, wie wir noch weiter vorankommen können, besteht nach wie vor ein erschreckender Mangel an Führungswillen.

Unterdessen können die Emissionen in den Entwicklungsländern nicht unkontrolliert weiter ansteigen. Viele dieser Länder haben eindrucksvolle Maßnahmen in Bezug auf den Klimawandel ergriffen. Rasch wachsende Volkswirtschaften wie China sind zunehmend erfolgreich dabei, ihr Wirtschaftswachstum vom Energieeinsatz abzukoppeln und so die Emissionsintensität ihrer Volkswirtschaften zu senken. Doch besteht weiterer Handlungsbedarf.

Auch die Privatwirtschaft kann ihren Teil beitragen. Änderungen im Unternehmensverhalten und in der Steuerung von Privatinvestitionen werden sich für den Sieg im Klimawandel als mindestens ebenso bedeutsam erweisen wie direkte staatliche Maßnahmen.

Auch Einzelpersonen kommt eine Rolle zu. Eine einzige Energiesparlampe an der Küchendecke scheint zunächst unbedeutend, doch millionenfach multipliziert erbringt sie eindrucksvolle Einsparungen. Auch die Stimmkraft der Wählerinnen und Wähler könnte vieles bewirken, wenn Maßnahmen zum Klimawandel stärker als bislang zum Wahlkampfthema gemacht würden. Ebenso können Einzelpersonen durch ihre Kaufentscheidungen Druck auf Unternehmen ausüben, „grün“ zu werden.

Noch haben alle unsere Gesellschaften Zeit zum Kurswandel. Statt wirtschaftlich in die Defensive zu gehen, sollten wir damit beginnen, größeren politischen Mut zu beweisen. Die Nairobi-Konferenz muss ein klares, glaubwürdiges Signal setzen, dass die politischen Führer der Welt den Klimawandel ernst nehmen. Die Frage ist nicht, ob der Klimawandel stattfindet oder nicht, sondern vielmehr, ob wir uns angesichts dieser Notsituation selbst schnell genug ändern können.

Ergebnisse der Landtagswahlen 2006*

Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg (26. März 2006)¹

Wahlberechtigte:	7 516 919
Wahlbeteiligung:	4 012 441 = 53,4 %
Ungültig:	51 826 = 1,3 %
Gültig:	3 960 615
Zahl der Abgeordneten:	139

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	1 748 766	44,2	69
SPD	996 207	25,2	38
GRÜNE	462 889	11,7	17
FDP	421 994	10,7	15
WASG	121 753	3,1	–
REP	100 081	2,5	–
NPD	29 219	0,7	–
PBC	26 759	0,7	–
ÖDP	21 761	0,5	–
TIERSCHUTZ	8 279	0,2	–
ADM	7 410	0,2	–
GRAUE	5 915	0,1	–
AGFG	866	0,0	–

*Die Wahlergebnisse aus dem Jahre 2005 vgl. „Blätter“ 1/2006, S.123-128.